

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 28.08.2025

Öffentlicher Teil

TOP 5.3. Dringlichkeitsvorschlag der CDU-Fraktion hier: Sonderabschussgenehmigung Wildschweine durch Untere Jagd- behörde

**0658/2025
Vorberatung
verwiesen**

Herr Klepper erläutert den Antrag. Die Dringlichkeit ergibt sich aus den – von der Presse dokumentierten – Geschehnissen. Die CDU-Fraktion beabsichtigt, der für den Abschuss zuständigen Behörde die größtmögliche Freiheit einzuräumen, das Problem aber gleichermaßen anzugehen. Mit Verweis auf die Sachanträge der SPD-Fraktion (Anlage 1) und der FDP-Ratsgruppe (Anlage 2) schlägt er vor, aus diesen gemeinsam mit dem Ursprungsantrag das beste zusammenzuschreiben und einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Die in der Beantwortung benannten Problem versteht er, dennoch muss eine Lösung gefunden werden die Wildschweinpopulation zu reduzieren.

Herr Oberbürgermeister Schulz erklärt, dass Herr Holl als Fachleiter im Bereich Forstwirtschaft des WBH eingeladen worden ist und zu den Anträgen ausführen kann. Er bedankt sich ausdrücklich für die Teilnahme von Herrn Holl und übergibt ihm das Wort.

Herr Holl erläutert, dass der WBH über nicht mal 10 % der bejagbaren Wälder in Hagen verfügt. Er verweist auf die Jagdrevierkarte und erklärt, dass der WBH lediglich den Bereich Haus Busch bejagt. Die übrigen Wälder sind Gemeinschaftsjagdbezirke, die an private Jäger verpachtet werden. Er geht auf die Anträge ein, die aus seiner Sicht sehr unkonkret sind. Er führt aus, dass laut dem Bundes- und dem Landesjagdgesetz Schwarzwild ganzjährig bejagt werden darf (hiervon sind lediglich tragende Muttertiere ausgenommen). Dies gilt allerdings nur für die bejagbaren Flächen und nicht für befriedete Bezirke. Hier ist es hochgefährlich zu jagen. Weiter geht er auf den Sachantrag der FDP-Ratsgruppe (Anlage 2) ein. Zunächst erläutert er, dass es seit nunmehr 13 Jahren kein Forstamt und keine Eigenjagdbezirke gibt. Über einen „Runden Tisch“ kann aus seiner Sicht durchaus diskutiert werden, jedoch ist das Ziel fraglich, da sowohl die Untere Jagdbehörde als auch der WBH beschlossen haben, nicht innerhalb befriedeter Bezirke zu jagen. Er merkt an, dass Punkt 4 des Sachantrags in sich nicht schlüssig ist, da beantragt wird, eine Treibjagd in den bejagbaren Flächen durchzuführen. Diese hätte allerdings zur Folge, dass die Wildschweine aus dem Wald heraus in die befriedeten Bezirke getrieben werden. Hierzu bittet er um Erläuterung durch die Antragstellerin. Zu den Grünbrücken unter Punkt 5 führt er aus, dass es sich hierbei um ein tolles Projekt handelt, das bspw. Zugvögeln hilft, die Wildschweinproblematik allerdings nicht lösen wird.

Herr Oberbürgermeister Schulz bittet Herrn Thielmann um Erläuterung der aufgeworfenen Frage.

Herr Thielmann entgegnet, dass er nicht nachvollziehen kann, wieso nun eine Sachdebatte stattfindet, die sonst in die Fachausschüsse verwiesen wird. Er hält es für sinnvoll die Anträge insgesamt an den Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität als Fachausschuss zu überweisen.

Herr Oberbürgermeister Schulz entgegnet, dass die FDP-Ratsgruppe den Sachantrag für die Ratssitzung gestellt hat. Er hält es daher für ironisch, der Sitzungsleitung nun vorzuwerfen, über den eigenen gestellten Antrag in der Ratssitzung zu sprechen. Er versteht Herrn Thielmanns Einwand als Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung des Antrags und der Sachanträge an den Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss:

Das Umweltamt wird beauftragt, unverzüglich eine Sonderabschussgenehmigung für Wildschweine durch die Untere Jagdbehörde zu veranlassen und die Jagd auf Wildschweine in Hagen mit geeigneten Maßnahmen deutlich zu attraktiveren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		11	
SPD	11		
Bündnis 90/ Die Grünen	7		
AfD	5		
Hagen Aktiv	4		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	3		
FDP	2		
Die Linke	2		
HAK	1		

X Der Tagesordnungspunkt sowie die gestellten Sachanträge werden mehrheitlich an den Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität überwiesen.

Dafür: 35
Dagegen: 12
Enthaltungen: 0

Anlage 1 2025-08-28_Sachantrag_Sonderabschussgenehmigung_Wildschweine_SPD_RAT

Anlage 2 2025-08-28_Sachantrag_Sonderabschussgenehmigung_Wildschweine_FDP_RAT

G R E M I U M :	RAT
SITZUNG AM :	28. Mai 2025
T O P :	5.3
D R U C K S - N R.:	0658/2025
BERATUNGSGEGENSTAND :	Sonderabschussgenehmigung Wildschweine durch Untere Jagdbehörde

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung koordiniert mit den zuständigen Fachabteilungen und der Forstwirtschaft des Wirtschaftsbetriebs Hagen eine umfassende Aufklärungskampagne für Bürgerinnen und Bürger, die von der Wildschweinplage betroffen sind. Dabei sollen sowohl Verhaltens, Vorsichts- als auch Abwehrmaßnahmen aufgelistet und erläutert werden.

Darüber hinaus sollen alle möglichen jagdlichen Anstrengungen unternommen werden, um die steigende Population des Schwarzwildes rund um Hagen einzudämmen. Dabei sollten Sonderabschussgenehmigungen für Sperrgebiete nicht ausgeschlossen werden. Sie sind aber nur dort zu beantragen und zu genehmigen, wo eine Gefahr für Leib und Leben im Vorfeld durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen ausgeschlossen werden kann.

Städtische Friedhöfe, die von Wildschweinen heimgesucht wurden und/oder aufgrund ihrer Lage heimgesucht werden könnten, sind entsprechend einzufrieden und abzusichern.

Begründung:

Der vorliegende Eilantrag ist aufgrund der umfangreichen Problematik nicht weitreichend genug. Zerwühlte Gärten und auf Straßen und Gehwegen herumlaufende Wildschweinrotten sind die sichtbare Folge einer Wildschweinplage. Wenn Wildschweine zu „Stadtschweinen“ werden sind nicht nur Verwüstungen auf Grundstücken vorprogrammiert, auch die Angst und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, gerade auch von Eltern und Kindern, müssen ernst genommen werden. Von daher ist eine Aufklärungskampagne ebenso wichtig wie die Reduzierung der Population durch unsere Jägerinnen und Jäger.



FDP-Gruppe im Rat der Stadt Hagen
Rathausstr. 11
Trakt B, Raum 201
58095 Hagen

Tel.: 02331-2072380
Fax: 02331-2072091
Mail: kontakt@fdp-gruppe-hagen.de
Web: www.fdp-gruppe-hagen.de

FDP-Gruppe • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen

An den
Oberbürgermeister der Stadt Hagen
Erik O. Schulz
Im Haus

Hagen, 28.08.2025

**Betreff: „Vorlage: 0658/2025 Dringlichkeitsvorschlag der CDU-Fraktion
hier: Sonderabschussgenehmigung Wildschweine durch Untere Jagdbehörde“ – Rat,
28.08.2025**

Sehr geehrter Herr Schulz,

hiermit stellen wir folgenden Sachantrag zu Top 5.3 der Tagesordnung der Sitzung des Rates am 28.08.2025 gemäß § 16 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20.05.2021.

Antrag

In Ergänzung zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion wird die Verwaltung mit folgenden konkreten Maßnahmen beauftragt:

- 1.) Das Umweltamt wird beauftragt, die Untere Jagdbehörde zu veranlassen eine Aufstellung der ergriffenen Maßnahmen und Ersatzvornahmen nach § 22 Abs. 12 LfG NRW in der nächsten Sitzung des UKM vorzulegen.
- 2.) Das Umweltamt wird beauftragt, binnen 3 Monaten Stellungnahmen des Forstamts, der Unteren Jagdbehörde, aller Pächter von Eigenjagdbezirken und der KJS zum Thema Wildschweine in Wohngebieten mit Lösungsansätzen anzufordern. Im Anschluss soll allen Akteuren ein „Runder Tisch“ zu Problemlösung angeboten werden. Die Ergebnisse werden zeitnah veröffentlicht und dem UKM zur Kenntnisnahme und weiteren Diskussion vorgelegt.
- 3.) Das Umweltamt wird beauftragt, die Untere Jagdbehörde zu veranlassen, alle geltenden Preislisten der einzelnen städtischen Jagdbezirke zu übermitteln, um die Attraktivität der Jagd auf Wildschweine in Hagen beurteilen zu können.
- 4.) Das Umweltamt wird beauftragt, die Untere Jagdbehörde zu veranlassen, eine Abstellung der Jagdbezirke Haus Busch und Hagen 04 inkl. einer großflächigen

Bejagung durch anschließende Treibjagd zu organisieren. Die Abstellung soll insbesondere Wildschweine von Bürgerinfrastruktur zurück in den Wald drängen, um die Leitbachen zu veranlassen diese Routen für die Rotte nicht mehr zu nutzen. Jagdausübungsberechtigte sind im Rahmen der Androhung der Ersatzvornahme nach § 22 Abs. 12 LJG NRW an dieser Maßnahme zu beteiligen.

- 5.) Das Umweltamt wird beauftragt, mit den umliegenden Kommunen und zu beteiligenden Behörden zu prüfen, ob und an welchen Stellen Überquerungsmöglichkeiten über die A1, A45 und A46 für Wildschweine und anderes Schalenwild zu schaffen, um den Routendruck in bebaute Gebiete nachhaltig zu reduzieren.

Begründung

Seit Jahren dringen Wildschweinrotten mit Größen von 20 bis 30 Tieren immer weiter in Wohngebiete vor. Sie belagern in regelmäßigen Abständen Parks, Wohnviertel, Schulen und zum Teil sogar Autobahnzubringer. Hagener Anwohner treffen regelmäßig auf Wildschweine, sei es im Wohnzimmer, im Garten, oder auf dem Schulweg.

Das Problem ist seit langer Zeit bekannt, wird regelmäßig von Bürgern und Amtsträgern adressiert und gleichwohl wurden bislang lediglich Einzelmaßnahmen zur Eindämmung ergriffen, trotz stetig steigenden Populationsdrucks. Bürger in Problemgebieten werden von der Verwaltung nicht nur mit dem Problem allein gelassen. Regelmäßig wird Eigentum und Infrastruktur zerstört und der Hagener Norden als Wohnregion damit weiter unattraktiv. Entgegen den Darstellungen der Verwaltung sind herumstreifende Keiler und Rotten im Stadtgebiet nicht zu relativieren. Die Ängste und Nöte der Bürger sind ernst zu nehmen und das Problem zwingend und unverzüglich abzustellen, bevor es zu weiteren Sachschäden oder sogar Personenschäden kommt.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Thielmann
Sprecher der FDP-Ratsgruppe

f.d.R. Daniel George
Geschäftsführer